

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Bundesräti:innen Marco Schreuder, Claudia Hauschmidt-Buschberger, Simone Jagl, Elisabeth Kittl, Kolleginnen und Kollegen

**betreffend Zukunft auf Schiene - Regionalbahnen erhalten und ausbauen,
Investitionen sichern**

eingebracht im Zuge der Debatte über den Beschluss des Nationalrates vom 22. Mai 2025 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Kraftfahrgesetz 1967, das Arbeitszeitgesetz und das Arbeitsruhegesetz geändert werden (241/A und 92 d.B.) (TOP 4)

BEGRÜNDUNG

Die Schiene als mit Abstand sicherster Verkehrsträger muss im Zusammenspiel der Verkehrsträger weiter gestärkt werden. Gespart werden sollte beim Straßenbau mit seinen umwelt- und klimaschädlichen Wirkungen, demgegenüber sichern Bahninvestitionen auch weit mehr Arbeitsplätze.

Die Bundesregierung plant jedoch, mit dem nächsten ÖBB-Rahmenplan 2025-2030 gegenüber dem aktuellen Rahmenplan 1,4 Milliarden Euro an dringend nötigen Investitionen für Ausbau und Attraktivierung der Schiene zu streichen. Bundesweit sollen wichtige Infrastrukturprojekte um teilweise mehrere Jahre aufgeschoben oder anschließend an ihre Planung nicht zeitnah auch baulich umgesetzt werden.

Dieser Plan betrifft vieles, was im Sinne einer verlässlichen Mobilitätspolitik keinen Aufschub duldet: Von wichtigen Bahnhofserneuerungsprojekten wie Götzis und Bregenz in Vorarlberg über den weiteren Aufschub des Ausbaus im Tiroler Oberland und im Brenner Nordzulauf, Ausbauprojekten in Salzburg, Kärnten und Niederösterreich bis zu vielen Elektrifizierungsprojekten wichtiger Pendler- und sogar Güterverkehrsstrecken und zu dringenden Nahverkehrsausbauten (etwa S80 oder Meidling-Liesing-Mödling) im Wiener Ballungsraum.

Zudem wurde jüngst bekannt, dass entgegen den bisherigen Vereinbarungen mit den betroffenen Ländern nun mehrere Regionalbahnstrecken insbesondere in Oberösterreich und der Steiermark von Bund bzw. ÖBB in Frage gestellt werden.

Beides hat zu breiter Kritik aus den Ländern geführt.

So hat der Steiermärkische Landtag dieser Tage bereits folgenden einstimmigen (ÖVP, SPÖ, Neos, FPÖ, Grüne, KPÖ) Beschluss gefasst:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, an den Bundesminister für Innovation, Mobilität und Infrastruktur heranzutreten und das Gespräch mit den ÖBB zu suchen, um sich bei diesen gegen die geplanten Änderungen für die Steiermark im ÖBB-Rahmenplan 2025 bis 2030 auszusprechen und sich für eine nachhaltige Stärkung der steirischen Bahninfrastruktur einzusetzen.“

Das noch nicht einmal 100 Tage alte Regierungsprogramm der Bundesregierung betont ausdrücklich das Bekenntnis zur nachhaltigen Absicherung und zum infrastrukturellen Ausbau von Regional-, Neben- und Privatbahnen. Deshalb werden auch in anderen Landtagen entsprechende Beschlüsse für Erhalt und Attraktivierung der Regionalbahnen als zentrale Verkehrsadern in ländlichen Regionen samt Regionalstadtbahnprojekten und für eine verlässliche Fortsetzung des Vereinbarten und vielfach Angekündigten vorbereitet.

Der ÖVP-Landeshauptmann von Oberösterreich Thomas Stelzer veröffentlichte dazu dieser Tage bereits folgende Stellungnahme:

„Mobilität braucht Verlässlichkeit!

Jene Bahnstrecken in Frage zu stellen, die für die Pendler aus den ländlichen Regionen von enormer Bedeutung sind, ist gegen jede verkehrspolitische Vernunft. Für Pendlerinnen und Pendler aus ländlichen Regionen sind diese Verbindungen von enormer Bedeutung. Die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs wurde in Oberösterreich gemeinsam mit Bund und ÖBB beschlossen und muss auch weiterhin gelten.“

Auch aus dem ÖVP-SPÖ-regierten Bundesland Tirol wurde das Vorgehen (von SPÖ-Landesrat Zumtobel) als „schmerhaft“ bezeichnet – wird doch mit dem Aufschieben der Investitionen auch der nachfolgend vorbereitete Angebotsausbau im Nah- und Regionalverkehr ausgebremst.

Insgesamt scheint seitens der Bundesländer niemand die Meinung des zuständigen Bundesministers zu teilen, wonach er mit diesen Maßnahmen „paktreu gegenüber dem Gesamtsystem“ sei, und es dürfte auch keine „seriöse Diskussion“ mit den Ländern stattgefunden haben.

Die unterfertigenden Bundesrätinnen und Bundesräte stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAVOWAL

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Innovation, Mobilität und Infrastruktur werden aufgefordert, im Sinne der klaren Positionierung mehrerer Bundesländer gegen die geplanten Änderungen im ÖBB-Rahmenplan 2025 bis 2030 und gegen die Infragestellung mehrerer Regionalbahnstrecken beides zu überdenken und umgehend in Gespräche mit den Bundesländern und der ÖBB einzutreten.

Ziel dieser Gespräche sollen die Fortsetzung der nachhaltigen Stärkung der Bahninfrastruktur sowie der Erhalt und die Attraktivierung der Regionalbahnen sein.“



Marco Schreder



Simone Kitzel



Daniel Haushaldt



Daniel Haushaldt

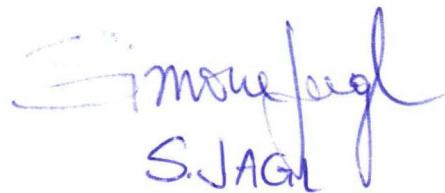
Verlangen auf Durchführung einer namentlichen Abstimmung

§ 54 Abs. 3 GO-BR

Die unterzeichneten Bundesrätinnen und Bundesräte verlangen in der 978. Sitzung des Bundesrates am Dienstag, dem 27. Mai 2025, über den im Zuge der Debatte zu Tagesordnungspunkt 4 (Beschluss des Nationalrates vom 22. Mai 2025 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Kraftfahrgesetz 1967, das Arbeitszeitgesetz und das Arbeitsruhegesetz geändert werden (241/A und 92 d.B.)) eingebrachten Entschließungsantrag betreffend Zukunft auf Schiene - Regionalbahnen erhalten und ausbauen, Investitionen sichern

eine namentliche Abstimmung durchzuführen.


Barbara
Merzenich
scheinder


Simone Jagl
S. JAGL


Claudia Hauboldt-Schäfer
KIRTL


Claudia Hauboldt-Schäfer